



Sommer Gespräche

Milizpolitik

«Pensionskassengelder müssen für und nicht gegen Mensch und Umwelt investiert werden.»



Wieso engagieren Sie sich in der beruflichen Vorsorge?

Es ist ein Kernanliegen der SP, dass jede Person einen fairen Lohn für ihre Arbeit erhält. Dies gilt auch über die Pension hinaus, wobei besonders Frauen und Personen mit tiefen Einkommen Verbesserungen nötig haben. Zudem ist es mir ein grosses Anliegen, dass Pensionskassengelder transparent sowie sozial und ökologisch verträglich angelegt werden.

Wieso engagieren Sie sich in der Politik?

Politik ist Alltag und Alltag ist Politik, lautet mein Credo. Um die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger ganz konkret verbessern zu können, fokussiere ich meine politische Arbeit auf drei Schwerpunkte: Mensch, Umwelt und Transparenz. So soll die Politik dafür sorgen, dass alle gute Bildung erhalten, dass die Gleichstellung funktioniert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Gleichzeitig muss die Politik Sorge zu unserer Lebensgrundlage tragen. Und das alles muss in einem politischen System geschehen, das transparent und für alle zugänglich ist.

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Themenfeldern?

Die politischen Entscheide von heute haben eine langfristige Wirkung. In vielen Fällen lohnt es sich, früh richtig zu investieren. Das stimmt auch für die berufliche Vorsorge.

Wo stösst eine Miliztätigkeit in beiden Bereichen an Grenzen?

Die Interessenvertretung gehört zwar zum politischen System der Schweiz dazu. Doch sollte sie immer transparent geschehen. Für Wählerinnen und Wähler ist

dies besonders wichtig, um potenzielle Abhängigkeiten erkennen können respektive um sich ihre eigene Meinung bilden zu können. Dafür braucht es griffige Regeln. Glücklicherweise sind wir hier dank der Transparenz-Initiative und damit verbunden mit dem indirekten Gegenvorschlag zumindest mal im Bereich Politikfinanzierung auf gutem Weg zu einer ersten nationalen Transparenzregelung überhaupt.

Sollen sich Vorsorgeeinrichtungen bzw. ihre Verantwortlichen (Stiftungsräte, Geschäftsführung) in die politische Willensbildung einmischen?

Das ist vollkommen legitim, muss aber transparent geschehen.

Wo braucht es in der beruflichen Vorsorge politische Vorgaben und Entscheide – und wo nicht?

Grundsätzlich gibt die Politik die Rahmenbedingungen vor und greift ein, wenn Dinge aus dem Ruder laufen. Das gilt auch für die berufliche Vorsorge. Darüber hinaus ist es vielleicht gerade in der aktuellen Debatte um die AHV- und BVG-Reform wichtig, dass die Politik Visionen und Strategien vorgibt. Und wie bereits betont: Pensionskassengelder müssen für

SOMMERGESPRÄCHE

In unserer Sommerserie sprechen wir mit Personen, die in der beruflichen Vorsorge tätig sind, über ihre Erfahrungen als Milizpolitiker.

Nadine Masshardt (1984) ist seit 2013 im Nationalrat und seit 2015 Vizepräsidentin der SP-Bundeshausfraktion. Sie ist Mitglied der Staatspolitischen Kommission (SPK) und der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK). Seit 2021 ist Nadine Masshardt Stiftungsrätin der Personalvorsorgestiftung GEPABU. Sie lebt mit ihrem Partner und den gemeinsamen drei Kindern in Bern.

und nicht gegen Mensch und Umwelt investiert werden.

Kennt die Schweizer Bevölkerung das Vorsorgesystem genügend gut, um an der Urne einen qualifizierten Entscheid über eine AHV- oder BVG-Reform zu fällen?

Die Stimmbevölkerung hat schon mehrmals bewiesen, dass sie auch bei komplexen Vorlagen den Durchblick behält. Es braucht aber sicher eine breite Diskussion darüber, wie unser Vorsorgesystem auszusehen hat, damit wir uns alle eine Meinung bilden können. Dazu ist ein Verständnis dafür nötig, wie unser jetziges System funktioniert. Hier wäre eine stärkere Sensibilisie-

rung über die technischen Mechanismen der Altersvorsorge wünschenswert. Mit dieser Informations- und Aufklärungsarbeit sollte bereits in der obligatorischen Schule begonnen werden.

Wenn Sie den Stichentscheid im Parlament hätten – Bundesratsvorlage, ASIP-Mittelweg-Modell oder keins von beidem?

Ich unterstütze beim BVG klar die Bundesratsvorlage. Das ist ein sehr wichtiger Kompromiss der Sozialpartner.

[Interview \(schriftlich\): Judith Yenigün-Fischer, Redaktorin «Schweizer Personalvorsorge»](#)
